

Landesschiedsgericht
des Landesverbands Thüringen
der Piratenpartei Deutschland
Holzheienstraße 4
99084 Erfurt

Geschäftszeichen: 1/10

B E S C H L U S S

In dem Schiedsgerichtsverfahren

wegen Einstweiliger Aberkennung der Mitgliedsrechte

hat das Landesschiedsgericht des Landesverbandes Thüringen der Piratenpartei Thüringen durch die Richter Axel Anders und Christian Benad und den Ersatzrichter Florian Keil am 14.06.2010 ohne mündliche Verhandlung für Recht erkannt:

Den Antrag des Klägers auf Ablehnung des Richters Martin Herrmann wegen Befangenheit abzuweisen.

GRÜNDE:

Mit Schreiben vom 20.01.2010 beantragte der Kläger die Befangenheitsprüfung gegen den damaligen 2. Richter des Landesschiedsgerichts des Landesverbandes Thüringen der Piratenpartei Deutschland Martin Herrmann.

Der Kläger formuliert in seinen Befangenheitsantrag gegen den 2. Richter, dass dieser durch seine Unterschrift unter das Urteil des Landesschiedsgerichtes vom 17.11.2009 eine „Scheinlegitimierung“ der Berufungsfrist mit seiner Unterschrift geleistet hätte, mit dem Ziel, das Urteil des Landesschiedsgerichtes Thüringen unanfechtbar zu machen.

Bei der im Urteil vom 17.11.2009 abgegebenen Rechtsmittelbelehrung handelt es sich um einen Formfehler des Gerichtes. Eine fehlerhafte Rechtsmittelbelehrung durch das Schiedsgericht darf sich nicht nachteilig für den Belehrteten auswirken. In den Regelungen für Verwaltungsgerichte ist in einem solchen Fall nach §58 (2) VGO sogar eine Ausweitung der Berufungsrechte des Betroffenen auf ein Jahr vorgesehen.

Das Bundesschiedsgericht der Piratenpartei Deutschland hat den Berufung des Klägers angenommen und am 14.05.2010 verhandelt. Ein Schaden ist dem Antragstel-

ler durch die fehlerhafte Rechtsbehelfsbelehrung des Landesschiedsgerichts des Landesverbandes Thüringen nicht entstanden.

Daher ist das vom Antragsteller konstruierte Motiv, einer Schädigung seiner Person durch Mitglieder des Landesschiedsgerichtes, nicht haltbar und der Befangenheitsprüfungsantrag abzuweisen.

Rechtsmittelbelehrung:

Das Urteil ist unanfechtbar.